

Zwangsrekrutierte Fragen?

Im Laufe der vergangenen 40 Jahre rissen die Ströme von Fragen im Zusammenhang mit der Zwangsrekrutierung von Luxemburger in den deutschen Arbeitsdienst und in die deutsche Wehrmacht während des 2. Weltkrieges nie gänzlich ab. Oft schlugen deren Wogen sowohl auf nationaler politischer Ebene wie auch bei internationalen Verhandlungen besonders hoch, oft schienen sie sich geglättet zu haben, aber immer noch waren und sind sie vorhanden. So wurden nun wieder Fragen aktueller gelegentlich des Aussenministertreffens von H. Jacques Poos und H. Hans-Dietrich Genscher am 8. Januar dieses Jahres in Bonn. Irrige und unklare Mitteilungen erschienen in verschiedenen Pressen; neue finanzielle Forderungen wurden seitens Widerstandsorganisationen angemeldet. Es drängt sich demnach eine Klarstellung und Aufklärung auf.

Zur Verwirrung und zum Durcheinander führt sonder Zweifel die zur Zeit in Gespräch stehende Entschädigung der "Malgré-Nous" aus Elsass und Lothringen durch die Bundesrepublik Deutschland und den in diesem Zusammenhang zitierten 250 Millionen DMark oder 750 Millionen NFr. Meist geht dann in gleichem Atemzug von zwei gleichgelagerten Fällen.
die Rede

Unter "gleichgelagert" ist lediglich zu verstehen, dass Luxemburger und Elsass-Lothringer durch illegale Massnahmen der deutschen Ockupationsmacht zu gleichen Kriegsdienstzwecken deportiert wurden, das gleiche Los teilten und denselben schrecklichen Leidensweg gegangen sind. Das war sehr viel und ist doch alles.

Nach dem Krieg nahmen die Entwicklungen hinsichtlich einer Lösung der Probleme, welche wegen der Zwangseinziehung entstanden waren, das der Entschädigung der Betroffenen inbegriffen, einen völlig anderen und unterschiedlichen Verlauf, in Frankreich und in Luxemburg. Ganz besonders was gerade die Entschädigung der Betroffenen anbelangt, ist der Unterschied der Verfahren eklatant. Der Luxemburger Staat entschädigte seine EdF und der Französische Staat entschädigte seine "Malgré-Nous", die aus den 3 östlichen Departementen stammen, nicht.

Ab 1985 werden nun auf Grund des Deutsch-Französischen Abkommens von 1981 die "Malgré-Nous" auch mit "Incorporés de Force" bezeichnet, entschädigt.

Entschädigt werden nur die ehemaligen Zwangsrekrutierten und keine andere Gruppe von Franzosen, die Opfer des Naziterros geworden sind. Bei unseren französischen Nachbarn ist man sich nicht einmal darüber im Klaren, ob die P.R.O. (patriotische Resistenzler gegen die Okkupation), die P.R.A.F. (patriotische Refraktäre gegen die de facto Annexion), die Flakhelfer u.a. in den zu entschädigenden Personenkreis einbezogen werden sollen oder nicht. Zu bemerken bleibt weiter, dass, was die Entschädigung anbelangt, jeder mit einer Pauschalsumme abgefertigt werden wird. Dieser Entschädigungsmodus differiert komplett mit dem, der in Luxemburg angewandt wurde und wo der Fall jedes einzelnen EdF behandelt worden ist.

Damit ist der fundamentale Unterschied zwischen dem Fall unserer französischen Schicksalsgefährten und dem der Enrôlés de Force aus Luxemburg was die Entschädigungen anbelangt offengelegt. Von "gleichgelagerten" Fällen kann und darf ~~nicht~~ in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein.

Es dürfte durchaus bekannt sein, dass unsere Regierung nach der Ratifizierung am 19 Mai 1961 im Parlament des sogenannten "deutsch-luxemburgischen Reparationsvertrags" vom 11. Juli 1959, wiederholt und wie versprochen in Bonn vorstellig wurde um angemessene Entschädigung zu verlangen für das an Luxemburgs Jugend begangene Kriegsverbrechen. Aber leider waren alle Bemühungen umsonst gewesen. In Bonn weigerte man sich auf das luxemburgische Ersuchen einzugehen mit dem Verweis, wie kürzlich der Bundeskanzler Helmut Kohl am 15. Februar 1984 schrieb, auf den deutsch-luxemburgischen Vertrag vom 11. Juni 1959. Da lautet es allemal wie folgt: "Die Bundesrepublik Deutschland hat finanzielle Beiträge zur Linderung der Folgen nationalsozialistischer Verfolgungsmassnahmen sowie zur Versorgung der Kriegsoffer unter den ehemaligen Zwangsrekrutierten geleistet. Im gleichen Vertrag ist festgehalten, dass mit diesen deutschen Zahlungen alle entsprechenden Forderungen abgegolten sind".

Dabei ist es geblieben, bis Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing übereinkamen, den elsasslothringischen "incorporés de force" eine als Wiedergutmachung gedachte finanzielle Entschädigung zu gewähren in Höhe von 250 Millionen DM, deren die Bundesrepublik sich in drei Tranchen entledigen soll.

x hinweisend

Als dies bekannt worden war, hängte unsere damalige Regierung sich dem bereits abgefahrenen Zug an. Seitdem sind Verhandlungen im Gang, welche auf luxemburgischer Seite von Charles Reiffers und auf deutscher Seite von Alex Möller geführt wurden. Im Jahre 1980 waren sie auf's Eis gelegt worden, mit der Begründung man wolle abwarten und sehen wie ^{sich} die deutsch-französischen Verhandlungen entwickeln.

Nach dem rezenten Besuch des bundesdeutschen Aussenministers Hans-Dietrich Genscher in Luxemburg, sollen die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Dabei handelt es sich in Anlehnung des hiavor Dargelegten ausschliesslich um eine dem Luxemburger Staat zu gewährende Entschädigung als Deckung der in der Vergangenheit getätigten und noch in Zukunft zu leistenden Zahlungen als Folge der Deportation Luxemburger Staatsbürger zu Wehrzwecken während des letzten Weltkrieges.

Mit diesen Zeilen soll ~~xxxxxxx~~ klargestellt werden, was es in Wirklichkeit mit der von der Bundesrepublik Deutschland zu leistenden Entschädigung auf sich hat und worüber tatsächlich verhandelt wird.

In einem nächsten Beitrag wollen wir die mehr spezifischen Fragen aus luxemburgischer Sicht beleuchten,

ZWANGSREKRUTIERTER FRAGEN?

In einem vorherigen Beitrag wurde erläutert wie es zu dem deutsch-französischen Abkommen kam, laut welchem die Bundesrepublik Deutschland an Frankreich 250 Millionen DMark in drei Tranchen zahlt, um die französischen "Malgré-Nous" aus den drei östlichen Departementen stammend, zu entschädigen. Eine "Stiftung für deutsch-französische Verständigung" mit Sitz in Strassburg zahlt nun ab 1985 einen einheitlichen Pauschalbetrag von rund 6.000.-FF an diese ehemalige Zwangsrekrutierte oder deren Hinterbliebenen. Nur für Zwangsrekrutierte und an keine andere Gruppe wird diese Entschädigung ausbezahlt. Die Vereinigungen der "Malgré-Nous" betrachten diese Entschädigung als nur eine moralische Wiedergutmachung, da eine effektive Entschädigung nicht möglich ist, mit welcher Deutschland seine Schuld an dem begangenen Kriegsverbrechen anerkennt.

Als konkretes Ergebnis der deutsch luxemburgischen Verhandlungen in dieser Entschädigungsangelegenheit und auf welches das definitive Abkommen fassen wird, ist ein Brief in welchem der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem luxemburgischen Staatsminister Pierre Werner versichert, dass falls ein Vertrag mit Frankreich zustande kommen soll, die Bundesrepublik bereit sei auch an Luxemburg eine ähnliche Entschädigung zu zahlen.

Es ist auch auf Grund dieser Versicherung, dass am 8. Januar dieses Jahres gelegentlich des Treffens des Aussenminister Luxemburgs H. Jacques Poos und der Bundesrepublik Deutschland H. Hans-Dietrich Genscher in Bonn, unter anderen, die seitens der B.R.D. an den Luxemburger Staat zu leistende Entschädigung als Folge der illegalen und völkerrechtswidrigen Zwangseinziehung luxemburgischer Staatsbürger zum Nazi-Militärdienst in Kriegzeiten erörtert.

Vor besagtem Aussenministertreffen, u.z. am 2. Januar 1985, richtete der Föderationsvorstand nachfolgenden Brief an die luxemburgische Regierung.

(der Zwangsrekrutierten

Monsieur Jacques Santer
Ministre d'Etat
Président du Gouvernement

Monsieur Jacques Poos
Ministre des Affaires Etrangères

LUXEMBOURG

Messieurs les Ministres,

Les membres de notre comité fédéral ont appris par la presse qu'une partie de nos camarades d'infortune d'Alsace et de Lorraine ont été dédommagés par la R.F.A. du chef de leur enrôlement forcé durant la Deuxième Guerre Mondiale.

Un autre communiqué dans les journaux nous informe que notre ministre des Affaires Etrangères discutera le 8 janvier 85 à Bonn le dossier des dommages de guerre concernant notre génération sacrifiée.

En tenant compte de la somme versée individuellement à une première partie de respectivement les anciens malgré-nous français et leurs survivants, en l'appliquant au nombre des hommes et femmes enrôlés de force par l'occupant au Grand-Duché, nous supposons que le dédommagement revenant à notre communauté nationale du sang versé, des séquelles de blessures et de maladie, de la coercition physique et morale de notre jeunesse d'antan devrait se chiffrer dans les environs de 37 millions de DM.

Les enrôlés de force, aimant que leurs réflexions puissent trouver écho, ne pourraient donc pas accepter, en vue d'un règlement définitif des tribulations subies par eux, un résultat quelconque qui se solderait sensiblement en-dessous de cette évaluation.

Dans ce sens nos membres souhaitent à notre ministre traitant d'ici peu à Bonn, l'habileté diplomatique qui mérite le succès et garantit, par la compensation adéquate des tares du passé, la réconciliation définitive des deux peuples voisins.

Veuillez agréer, Messieurs les Ministres, l'assurance de notre très haute considération

pour le comité fédéral
Jos Weirich, président

X/um die mit der Zwangsrekrutierung/

Wenn also bei diesem Treffen die "Entschädigungsfrage" erörtert wurde, wie es hiess, dann konnte es sich einzig und allein^X in Zusammenhang stehende handeln. Und das wiederum in Anlehnung an den zwischen Frankreich und der B.R.D. unterzeichneten Vertrag bzw. Reparationen, die den elsass-lothringischen Zwangsrekrutierten, den "incorporés de force" und den "Malgré-Nous" zufließen sollen.

In Frankreich wird also keine andere Gruppe von Naziopfern von der B.R.D. entschädigt als jene Elsässer und Lothringer die tatsächlich von den Nazis zu Wehrdienstzwecken herangezogen worden waren.

Auf Übereinkunft sieht, wie bereits erwähnt, der Auszahlungsmodus eine Regelung durch eine Pauschalentschädigung vor und nicht mit dem zu vergleichen, wie er vom luxemburgischen Staat praktiziert wird und wurde. Bei uns wurde der Fall jedes einzelnen EdF behandelt und entschädigt.

Es ist auch falsch zu behaupten, die "Malgré-Nous" erhielten eine höhere Entschädigungssumme als die Luxemburger EdF. Bei uns erhielten alle eine Entschädigung. In Frankreich kommen, beispielsweise die Refraktäre von vornherein als Entschädigungsberechtigte nicht in Frage. In Frankreich werden eben andere Masstäbe angewendet als bei uns in Luxemburg.

Von gleichgelagerten Fällen in Frankreich und Luxemburg ^{kann} in diesem Zusammenhang niemals die Rede sein. Es soll auch klar und deutlich unterstrichen werden, dass, in Anlehnung an das hier zuvor Dargelegte, wir es mit einer von der B.R.D. an den luxemburgischen Staat zu zahlende Entschädigungssumme zu tun haben, zur Deckung der in der Vergangenheit von unserem Staat getätigten und noch in Zukunft zu leistende Zahlungen als Folge der Deportation Luxemburger Staatsbürger zu Wehrdienstzwecken während des Zweiten Weltkrieges.

Leider wurde auch Unsinn am Rande des Aussenministertreffens in Bonn dahergeredet und geschrieben.

Es ist selbstverständlich das gute Recht der "Unio'n" von Deutschland Entschädigungen für die luxemburgischen Nazi-Opfer zu verlangen. Absolut falsch ist jedoch die Behauptung: "Nicht nur Zwangsrekrutierte warten auf Entschädigung."

Falsch ist auch, dass die EdF auf eine Entschädigung "warten". Die EdF betreffende Entschädigungsfrage wurde definitiv vom luxemburgischen Staat geregelt.

Das Wörtchen "nur" im obig zitierten Satz ist eine weitere Irreführung der öffentlichen Meinung. Richtig ist, dass sowohl die Zwangsrekrutierten wie alle Nazi-Opfer aufgrund luxemburgischer Gesetze entschädigt wurden und nicht, wie unterstellt, von den Erben des Dritten Reiches. Wenn nicht alle mit der ihnen zugestandenen Entschädigung zufrieden sind, so ist das eine Frage ihrer Einstellung und Ermessensvermögens.

Darüberhinaus muss unbedingt in Erinnerung gebracht werden, dass Deutschland niemals direkte Entschädigungen an luxemburgische Nazi-Opfer zahlen wird, weil laut luxemburger Gesetzgebung der Staat sich in die Rechte aller Geschädigten eingesetzt hat.

Schlussendlich sei festgehalten, dass Aussenminister Jacques Poos nach dem Bonner Treffen sich absolut richtig auf der von ihm gegebenen Pressekonferenz verhielt, indem er ausschliesslich von Diskussionen über die Luxemburg zustehende Entschädigung wegen der Zwangsrekrutierung sprach und nicht wie in der Presse fälschlicherweise berichtet wurde, über "die Entschädigung der Zwangsrekrutierten".

Es ist also klar, dass die Entschädigung und deren Höhe seitens der B.R.D. an den Luxemburger Staat als Folge der illegalen und völkerrechtswidrige Zwangseinziehung luxemburger Staatsbürger zum Nazi-Militärdienst geschehen wird, und dass daraus keine neue Entschädigung an den einzelnen Zwangsrekrutierten abgeleitet werden kann. Dass diese Gelder seitens der Regierung so verwertet werden, dass auch Zwangsrekrutierte Nutzen daraus ziehen können, ist selbstverständlich. An einem entsprechenden Abkommen seitens des Staates und der Föderation des Zwangsrekrutierten wird nicht vorbei zu kommen sein.

Gelegentlich des demnächst stattfindenden Besuches unseres Staatsministers H. Jacques Santer, bei Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn können sicherlich die Unterschriften

auch unter diesen deutsch-luxemburgischen Vertrag gesetzt werden und damit wird die anhängige Streitsache ('contentieux') zwischen Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland welche durch den Zweiten Weltkrieg vom Nazi Okkupanten durchgeführte völkerrechtswidrige Deportation Luxemburger Staatsbürger zu paramilitärischen und militärischen Einheiten der deutschen Kriegsarmeen entstanden ist, endgültig aus der Welt geschaffen.

KOMERODSCHAFT A SOLIDARITEIT WOREN A BLEIWEN ONS STÄRKT!

D'lescht Joer huet d'Ligue "Ons Jongen", Sektioon Remeleng, den 40. Anniversaire vun hirer Grënnung gefeiert. Dest Joer machen daat d'Sektioonen Diddeleng an Dikkerech.

Nodem d'Ligue "Ons Jongen" aus dëne bekannte Grënn an de Joeren 49-50 hir Aktivitéit agestallt hat, blouwen d'Eltereverenegung, d'Ligue vun de Mutiléierten an den Krichs-Invaliden, an d'Amicale vun den Tambower, fir d'Intérëen vun den Zwangsrekrutéierten ze verdélegen. Mat der Ennerzéchnung vum Deitsch-Letzebuenger Reparatiounsvertrag am Joer 1959 gouw d'Problematik iwert d'Zwangsrekrutéierung vun de Letzebuenger an déi deitsch Wehrmacht erem aktuell. D'Reaktioun huet och net op sech warde geloss: eng koordinéiert a gemainsam Aktioun huet sech opgedrängt.

Esou ass Enn 1959 als éischt Décisioun den "Aktiouns-Comité" entstanen als Virléife vun der "Fédération des Victimes du Nazisme, enrôlées de force". Well déi 3 Associatiounen nët all zwangsrekrutéiert Médercher a Jongen konnten erfaasen, huet d'Association des enrôlés de force, victimes du nazisme missen an d'Liewe geruff gin. Si gouw nom Muster vun der fréierer Ligue "Ons Jongen", op Lokalsektiounen opgebaut. Dese System erméiglecht et ennert eise Memberen d'Komerodschaft, de géigensäitege Respekt an d'Hellefsberéidschaft lokal a regional besser ze pflegen. Esou sin d'um vun 1960 un aal Sektioonen vun der Ligue "Ons Jongen" erëm opgeliewt an nei Sektioonen vun den enrôlés de force sin entstanen. D'Zuel vu 50 war geschwënn iwerschritt, an esou kënnen am Joer 1985 vill Sektioonen op hiren 25. Grënnungsdag zeréckkucken.

Dank der grousser Aktivitéit an de Sektioonen, ënnert dem Impuls vun den dynamesch Sektionscomitéen gouwen all Aktiounen vun der Fédératioun zu groussen Erfolger. Ech kann hei net all Manifestatiounen, all Protestmeetignen a Protestmärsch, all Journéen- a Gedenkfeieren aus dëne vergangene 25 Joeren opzielen, mä ëmmer haaten se grouss Succès. Jo, et gouw esou guer spektakulär Erégnesser, ëm déi aner Organisatiounen ons nët nëmme beneid hun, mä se hun eis esouguer a bestëmmte Momenter kritiséiert.

Et ass awer och nëmme dank dësem Zesammenhalen, deser Solidaritéit, opgebaut op echter Frënd- a Komerodschaft déi schwéierster Zeit entstanen ass, aus Bludd, Léid a Schmierz gebuer, dass all Errongenschaften am Intérêt vun den Zwangsrekrutéierten érecht gouwen.

An den bewegten Zäiten wor d'Komerodschaft ons Tromp! Mir hu se oft ausgespillt. Mir hun dacks gewonnen. Ons Géigner hun dacks kapituléiert!

Esou konnten no an no d'Diskriminatiounen ënner dénen d'enrôlés de force gelidden hun ofgebaut gin:

- D'Gesetz vun 1967, dat eng Rei Vierdeler zu Gonschten vun den Naziaffer bruecht huet, ass votéiert gin.
- D'Gesetz vun 1974, wat énzegarteg an Europa sech auswirkt zu Gonschten vun fréizeiteg Pensionéierten, oder vun Hannerbliwene vun ze fréi verstuerwen Naziaffer, war d'Krënung vun villen Efforen an Démarchen.
- Déi 2 Gesetze vun 1981, dofunner daat ént nach weider Verbesserungen bei fréizäiteger Pensionéierung oder freizäitegem Doud bruecht huet an daat anert endlech d'Diskriminatioun iwert d'Beurdélung vun der Haltung vun den enrôlés de force éliminéiert huet, an d'Zwangsrekrutéiert als victimes patriotiques erkläert huet mat allen Konsequenzen.
- Op eis Initiativ gouw d'Médaille de la Reconnaissance Nationale geschaaf, fir all déi Leit déi Kapp, Hab a Gud riskéiert hun fir ons dem Naziregime ze entreissen.
- De Bau vum Monument National um Kanounenhiwwel ass ënnert onsem Drock décidéiert gin.
- An och nëmme dank den onermidlechen Aktiounen vun der Fédératioun ent-schiedegt Deutschland zu mindestens délweis onse Staat fir déi Ausgaben déi als Folleg vun der Zwangsrekrutéierung zu senge Laaschte schloen.

Leider ass et esou, dass och bei all desen Erfolger d'Neider net ausbleiwen. Jee gréisser den Erfolleg, desto gréisser den Näid. Fläit mengt och munnege Komerod dass elo, wou bal alles erécht ass, dat "à tout prix-Zesummenhalen" net méi noutwendeg wär. Et kent én op d'Gehetz vum Géigner lauschteren! Et léisst é sech verféieren an et mengt én seng ége Wéer kënnen ze goen, aplat ze-summen "coûte que coûte" un engem Strank ze zéien. Awer scho geschwenn gesin des Komeroden , dat si no 40 oder 25 Joer Zesummenhalen elo den Irwé beschratt hun.

Nemmen Komerodschaft a Solidaritéit waren d'Basis vun onsen Erfolger!

A Gottseidank hun ons Géigner et ni ferdeg bruecht ons ze splécken oder ausernén ze reissen an, bis op wéineg Ausnahmen, Komeroden oofzesprengen. Si kommen bestëm-
erem an d'grouss Famill vun den edf, hir Hannerbliwen, Kanner a Kanneskann
Et ass an déer Hoffnung an an dém Bewosstsinn wou mir de 40e respektif den 25e.
Anniversaire feieren.

Komerodschaft an Zesummenhalen waren ons Trëmp. Mir loossen eis sie net aus den Hänn räissen!

Ech félicitéieren eiser Sektioun Uewerkuer fir hir Aktivitéiten an der Verganghét an zu hirem 25. Anniversaire.

Jos. Weirich
President vun der Federatioun
vun den Victmes du Nazisme,
Enrôlées de Force
President vun der Associatioun
vun den Enrôlés de Force,
Victimes du Nazisme